



Bundeskammer für  
Arbeiter und Angestellte  
Prinz-Eugen-Str. 20-22  
1040 Wien

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
Maximilianstraße 7, Postfach 243, 6010 Innsbruck  
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0800/22 55 22-1459  
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com  
www.ak-tirol.com

G.-Zl.: WP-2013-7935

Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen Dr. Domenico Rief / R

Klappe 1455 Innsbruck, 22.03.2013

Betrifft: Nationales Reformprogramm 2013

Bezug: Ihr Schreiben vom 20.03.2013  
zust. Referent: Nikolai Soukup

Sehr geehrter Herr Mag. Soukup,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol nimmt das Nationale Reformprogramm Österreichs grundsätzlich zur Kenntnis. Darin werden großteils nur sich bereits in Umsetzung befindliche bzw. bereits beschlossene Maßnahmen des Bundes (teils gemeinsam mit den Ländern) dargestellt und den landesspezifischen Empfehlungen der EU thematisch zugeordnet.

Wir möchten positiv vermerken, dass das Bundeskanzleramt im Nationalen Reformprogramm nicht auf die Forderung der EU, das gesetzliche Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln, eingegangen ist, sondern sich darauf beschränkt hat, jene Maßnahmen darzustellen, die das tatsächliche Pensionsantrittsalter in Österreich anheben sollen (länderspezifische Empfehlung Nr. 3).

Hingegen hätten wir uns konkretere Antworten zur länderspezifischen Empfehlung Nr. 4 erwartet, die eine effektive Verringerung der Steuerbelastung der ArbeitnehmerInnen vorsieht. Hier zeigt das Nationale Reformprogramm Österreichs keinerlei Ambitionen (mit Ausnahme der erwähnten Pendlerpauschale bzw. Jobticket), an der Abgabenlast auf Arbeitseinkünfte in Österreich etwas zu verändern. Die unter diesem Punkt angeführte Immobilienertragssteuer des Abgabenänderungsgesetzes 2012 hat keinerlei Auswirkungen auf die steuerliche Belastung von Löhnen und Gehältern. Auch im Bereich

des „gender-pay gap“ steht Österreich im EU-Vergleich sehr schlecht da und es wären von Seiten der AK Tirol mehr und innovativere Ansätze erwartet worden.

Abschließend möchten wir festhalten, dass Österreich im Bereich der Armutsgefährdung trotz seiner im EU-Vergleich guten Ausgangssituation sein Ziel, die Zahl der von Armut und Ausgrenzung gefährdeten Personen innerhalb von zehn Jahren um 235.000 Menschen zu reduzieren, durchaus hinaufsetzen könnte, angesichts der Tatsache, dass gegenüber dem Jahr 2008 bereits eine Verringerung von 125.000 Personen erreicht werden konnte.

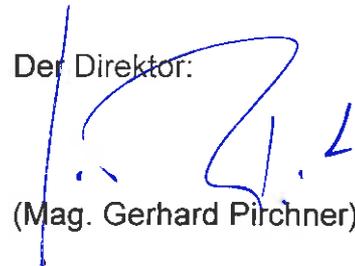
Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)